

Antrag SA 01: Änderung von Anträgen durch den Landesparteitag

Antragsteller/in: Laux, Lea (KV Merzig-Wadern)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Änderung von Anträgen durch den Landesparteitag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Es wird beantragt in der Satzung folgenden Text zu § 14 dem nächsten freien Absatz hinzuzufügen:

Jeder Antrag kann auf dem Parteitag vor der Abstimmung durch einen der Antragsteller oder dessen/deren Bevollmächtigten geändert werden. Geändert werden können einzelne Wörter und Formulierungen, Textpassagen können gestrichen oder ergänzt werden. Dabei darf die grundsätzliche Intention des Antrags nicht verändert werden. Der geänderte Antrag muss der Sitzungsleitung vorliegen und mindestens 15 Minuten vor der Abstimmung erneut vorgestellt werden. Änderungen sind hervorzuheben. Der Parteitag entscheidet mit einfacher Mehrheit, ob er über den ursprünglichen oder den geänderten Antrag abstimmen möchte.

Begründung:

Dieser Antrag findet sich schon in den Satzungen wie der des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, damit wurden bisher fast nur positive Erfahrungen gemacht. Missverständliche Formulierungen können damit noch verbessert werden, bevor endgültig darüber abgestimmt ist. Anträge können dadurch eindeutiger werden, sodass die ursprüngliche Intention deutlicher wird und der Antrag mehr Zustimmung finden kann.

Antrag PA 01: Grundsatzprogramm

Antragsteller/in: Rieger, Thorsten A. (KV Neunkirchen)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Grundsatzprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

Es wird beantragt, folgenden Text als Grundsatzprogramm anzunehmen:

1. Kritisches Denken und fundierte Politik

1.1 Piraten legen Wert auf kritisches Denken und fundierte Entscheidungen.

1.2 Dies bedeutet, dass Piraten ihre Politik auf der Grundlage von Daten und Wissen gestalten, welche unabhängig davon gesammelt werden, ob der Vorschlag zunächst wünschenswert erscheint oder nicht. Die Position der Piraten zu Ideen hängt nicht davon ab, woher diese stammen.

1.3 Vorherige Entscheidungen der Piraten sollen immer für Revisionen offen sein.

1.4 Das Recht des Einzelnen, sich zu informieren, soll niemals beeinträchtigt werden.

2. Bürgerrechte

2.1 Piraten setzen sich für die Verbesserung und den Schutz der Bürgerrechte ein.

2.2 Jede Erweiterung der Bürgerrechte soll darauf ausgerichtet sein, die anderen Rechte zu stärken.

2.3 Bestehende Rechte müssen geschützt werden, so dass sie nicht beschnitten werden.

2.4 Piraten sind davon überzeugt, dass die Bürgerrechte jedem Individuum gehören und dass die Rechte eines jeden Menschen gleich sind.

2.5 Freiheit ist höher zu bewerten als ein möglicher Gewinn an Sicherheit durch Überwachung. Der Staat darf Menschen nicht unter Generalverdacht stellen.

3. Recht auf Privatsphäre

3.1 Das Recht auf Privatsphäre dient dem Schutz des Einzelnen vor Missbrauch und Misshandlung durch Mächtige.

3.2 Piraten sind davon überzeugt, dass alle Menschen ein Recht auf Schutz der Privatsphäre für ihr eigenes persönliches Leben haben.

3.3 Datenschutz beinhaltet die Rechte auf Vertraulichkeit, Anonymität und informationelle Selbstbestimmung.

3.4 Geheimhaltung soll nicht weiter gehen, als es nötig ist, um den Einzelnen zu schützen und nie so weit, dass es andere Personen beeinträchtigt.

3.5 Anonymität dient nicht dem Zweck, eine Person von der Verantwortung für ihr Handeln zu entbinden.

4. Transparenz und Verantwortung

4.1 Transparenz verleiht dem Machtlosen die Kraft, die Mächtigen zu kontrollieren.

4.2 Piraten sind davon überzeugt, dass Transparenz ein wichtiger Bestandteil ist, um die Öffentlichkeit zu informieren und dadurch für demokratische Entscheidungen zu befähigen.

4.3 Information soll der Öffentlichkeit zugänglich sein.

4.4 Information soll in den offenen Datenformaten verfügbar sein, die am besten für die Verwendbarkeit der Information geeignet ist.

4.5 Damit ein Individuum in der Lage ist, Verantwortung zu übernehmen, muss es in der Lage sein, Entscheidungen treffen zu können.

4.6 Piraten sind davon überzeugt, dass jeder Mensch das uneingeschränkte Recht hat, in Entscheidungen einbezogen zu werden, die seine eigenen Angelegenheiten beeinflussen, und dass er ein Recht auf das Wissen darüber hat, wie solche Entscheidungen getroffen werden.

5. Informations- und Meinungsfreiheit

5.1 Beschränkungen der Freiheit von Menschen, Informationen zu sammeln und zu teilen sind inakzeptabel, es sei denn, dadurch würden die Grundrechte eines anderen beeinträchtigt.

5.2 Jegliche Beschränkungen der freien Meinungsäußerung sind inakzeptabel, es sei denn, dadurch würden die Grundrechte eines anderen beeinträchtigt.

6. Direkte Demokratie und das Recht auf Selbstbestimmung

6.1 Piraten sind davon überzeugt, dass jeder das Recht hat, an Entscheidungen teilzunehmen, die seine eigenen Angelegenheiten beeinflussen.

6.2 Das Recht wird mit der Stärkung der direkten Demokratie und der Förderung von transparenter Verwaltung gewährleistet.

6.3 Piraten sind davon überzeugt, dass Machtkonzentrationen in allen Bereichen reduziert und Demokratie in allen verfügbaren Formen gefördert werden muss.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Antrag PA 02: Essensangebot an Kitas und Schulen verbessern

Antragsteller/in: Laux, Lea (KV Merzig-Wadern)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Essensangebot an Kitas und Schulen verbessern

Der Landesparteitag möge beschließen:

Es wird beantragt im Wahlprogramm folgenden Text an geeigneter Stelle einzufügen:

Eine gesunde und ausgewogene Ernährung ist vor allem während dem körperlichen und geistigen Wachstum in Schulen und Kindertagesstätten wichtig. Aufgrund des Aufenthaltes von Kindern und Jugendlichen an Nachmittagen in den entsprechenden Einrichtungen sollte daher die Möglichkeit gegeben werden, ein vollwertiges und kostenloses Mittagessen einnehmen zu können. Dabei ist es wünschenswert im Zuge der Selbstbestimmung der Ernährungsweise Gerichte mit als auch ohne Fleisch oder tierischen Erzeugnissen anzubieten, was sich an den Wünschen der Kinder und Jugendlichen orientieren sollte. Dabei sollten diese die Möglichkeit erhalten, sich über die Herkunft der verwendeten Produkte informieren zu können. Außerdem sollte Obst täglich als Dessert angeboten werden.

Begründung:

Da der Unterricht und die Betreuung von Kindern und Jugendlichen immer weiter in den Ganztag geht, ist es wichtig, auch die Ernährung von Kindern ausgewogen, gesund und selbstbestimmt zu halten. Mit dem Angebot von mehreren verschiedenen Gerichten kann jeder etwas für seinen persönlichen Ernährungsstil finden und sich über die Herkunft der Produkte informieren. Durch ein kostenloses Mittagessen wird zudem gewährleistet, dass die Versorgung der Kinder und Jugendlichen nicht vom Einkommen der Erziehungsberechtigten abhängig ist und somit niemand aufgrund der finanziellen Situation benachteiligt wird.

Antrag PA 03: Wahlmöglichkeiten in der gymnasialen Oberstufe

Antragsteller/in: Laux, Lea (KV Merzig-Wadern)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Wahlmöglichkeiten in der gymnasialen Oberstufe

Der Landesparteitag möge beschließen:

Es wird beantragt, folgenden Teil des Wahlprogrammes zu ersetzen:

Neue Fassung (mit den Änderungen in kursiver Schrift):

Die Piraten engagieren sich bezüglich Wahlmöglichkeiten zur Rückkehr zu einem breiteren Wahlportfolio bei Eintritt in die *gymnasiale* Oberstufe. *Dies soll gewährleistet werden, indem die Naturwissenschaften und Gesellschaftswissenschaften neben Mathematik, Deutsch und einer Fremdsprache als fünfstündiger E-Kurs gewählt werden können. Weiterhin soll Ethik auch als vierstündiges Fach gewählt werden können.* Dies soll dem heutigen Grad der Spezialisierung Rechnung tragen und am jeweiligen Fach Interessierten eine frühere intensivere Beschäftigung mit Kerninteressengebieten ermöglichen. Freie Berufswahl ist im Grundgesetz verankert, die Piraten setzen sich dafür ein, dass durch Wahlmöglichkeiten die freie Entfaltung persönlicher Interessen gewährleistet wird.

Alte Fassung:

Die Piraten engagieren sich bezüglich Wahlmöglichkeiten zur Rückkehr zu einem breiteren Wahlportfolio bei Eintritt in die Oberstufe. Dieses soll dem heutigen Grad der Spezialisierung Rechnung tragen und am jeweiligen Fach Interessierten eine frühere intensivere Beschäftigung mit Kerninteressengebieten ermöglichen. Freie Berufswahl ist im Grundgesetz verankert, die Piraten setzen sich dafür ein, dass durch Wahlmöglichkeiten die freie Entfaltung persönlicher Interessen gewährleistet wird.

Begründung:

Durch eine Erweiterung der E-Kurse ist eine Vertiefung im jeweiligen Fach möglich statt durch die Wahl eines vierstündigen Kurses. Die Naturwissenschaften und die Gesellschaftswissenschaften bieten sich hier an, da diese Bereiche in der Abiturprüfung sowieso abgedeckt werden müssen. Daher sollte für die interessierten Schüler schon ein fünfstündiger Kurs angeboten werden können, um die Wahlfreiheit in der gymnasialen Oberstufe zu erhöhen. Betreffend Ethik ist dieses Fach in der Oberstufe aktuell ein sogenanntes „Ersatzfach“ zu Religion, sodass es nur eine Ausweichmöglichkeit für alle ist, die nicht in Religion unterrichtet werden wollen. Durch eine Aufwertung dieses Faches wäre es möglich, auch einen vierstündigen Ethikkurs zu bilden.

Antrag PA 04:

Schülerinformationssysteme an weiterführenden Schulen

Antragsteller/in: Laux, Lea (KV Merzig-Wadern)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Schülerinformationssysteme an weiterführenden Schulen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Piraten setzen sich dafür ein, an weiterführenden Schulen einheitliche Schülerinformationssysteme einzuführen. Diese können individuell auf den Schüler abgestimmt werden, können also Informationen zum Stundenplan, Vertretungen und den eigenen Kursen und Klassen enthalten. Außerdem können Lehrer für ihre Kurse und Klassen Zusatzinformationen zum Unterricht wie Kontrollwerte zu Aufgaben, Arbeitsblätter, Termine für die nächsten Arbeiten und den aktuellen Stand des Kurses oder der Klasse im Stoffplan einfügen. Den Schülern soll außerdem die Möglichkeit gegeben werden, dem Lehrpersonal Fragen außerhalb des Unterrichts zu stellen, die anonymisiert für alle Schüler des Kurses oder der Klasse dargestellt werden können. Auf dieses interne Schulnetzwerk sollen alle Schüler durch die vorhandenen Computer an der Schule zugreifen können sowie über das Internet.

Begründung:

Im Zuge der Medienkompetenz kann die Technik auch genutzt werden, um Schülern beim Lernen zu helfen. Bei einem Schulwechsel stellt ein einheitliches System eine Vereinfachung des Wechsels dar. Für viele ist es einfacher, Änderungen des Stundenplans oder Vertretungen direkt über die eigenen Endgeräte abrufen zu können, um sich entsprechend auf den (nächsten) Tag vorbereiten zu können. Zusatzinformationen und Kontaktmöglichkeiten zu den Lehrern können die Schüler zusätzlich nutzen, um sich über die entsprechenden Unterrichtsinhalte weiterbilden zu können, was vor allem, wenn eine Arbeit ansteht, genutzt werden kann. Aktuell wird dies an einigen Schulen schon über Plattformen wie z.B. Moodle und E-Mails genutzt.

Antrag PA 05: Politikunterricht an weiterführenden Schulen

Antragsteller/in: Laux, Lea (KV Merzig-Wadern)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Politikunterricht an weiterführenden Schulen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Es wird beantragt im Wahlprogramm folgenden Text an geeigneter Stelle einzufügen:

Die Piraten setzen sich dafür ein, dass altersgerechter Politikunterricht an weiterführenden Schulen ab

Modul a) Klassenstufe 5

Modul b) Klassenstufe 6

Modul c) Klassenstufe 7

Modul d) Klassenstufe 8

eingeführt wird.

Begründung:

Um der stetig wachsenden Politikverdrossenheit zu begegnen und das Demokratieverständnis schon in jungen Jahren zu stärken, sollte der Politikunterricht früher als erst zur 9. Klassenstufe angeboten werden. Dadurch können Jugendliche schon früher altersgerecht über das politische System, ihre eigenen Möglichkeiten, darauf Einfluss zu nehmen und ihre eigenen Rechte kennenzulernen, informiert werden.

Antrag PA 06: Gemeinschaftsschule, Gymnasium, berufsbildend: Klassenstärke

Antragsteller/in: Laux, Lea (KV Merzig-Wadern)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Gemeinschaftsschule, Gymnasium, berufsbildend: Klassenstärke

Der Landesparteitag möge beschließen, folgenden Antrag an geeigneter Stelle in das Programm aufzunehmen:

Neue Fassung (mit den Änderungen in *kursiver Schrift*):

Die Piraten setzen sich für *eine durchschnittliche Klassen-/Kursstärke von 15 Schülern in der Mittel- und Oberstufe und eine maximale Klassenstärke von 20 Schülern in der Unterstufe* an weiterführenden Schulen ein. Pädagogische Konzepte, welche Binnendifferenzierung und handlungsorientiertes Lernen einschließen, erfordern eine vernünftige Klassenstärke.

Alte Fassung:

Die Piraten setzen sich für eine maximale Klassen-/Kursstärke von 20 Schülern an weiterführenden Schulen ein. Pädagogische Konzepte, welche Binnendifferenzierung und handlungsorientiertes Lernen einschließen, erfordern eine vernünftige Klassenstärke.

Begründung:

Wenn an einer weiterführenden Schule mehrere Kurse in einer Jahrgangsstufe angeboten werden, können durch eine durchschnittliche und nicht eine maximale Anzahl Kurse gebildet werden, die kleiner sind und zum Ausgleich Kurse, die etwas größer als 20 Schüler sind. Dadurch bleibt die maximale Wochenstundenanzahl, die vorgegeben wird, einhaltbar, sodass Kurse, die nicht zwingend eine kleine Kursstärke wie zum Beispiel Sport benötigen, zugunsten dessen größer werden können. Da in der Unterstufe jedoch meistens nur Unterricht in Klassen stattfindet, ist eine Durchschnittsregelung dort nicht nötig.

Antrag PA 07: Gemeinschaftsschule, Gymnasium, berufsbildend: Bildung von Oberstufen an Schulstandorten oder in Verbünden

Antragsteller/in: Laux, Lea (KV Merzig-Wadern)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Gemeinschaftsschule, Gymnasium, berufsbildend: Bildung von Oberstufen an Schulstandorten oder in Verbünden

Der Landesparteitag möge beschließen, folgenden Text aus dem Programm zu streichen:

Alte Fassung:

Die Piraten setzen sich dafür ein, dass eine zu bildende Oberstufe mindestens 100 Schüler pro Jahrgang besitzt. Aus dem Grund der persönlichen freien Entfaltung engagieren sich die Piraten für ausreichende Wahlmöglichkeiten seitens der Schüler. Erfahrungen belegen, dass bei weniger als 100 Schülern in der Oberstufe seitens der Schulleitung Wahlmöglichkeiten eingegrenzt werden. Die Piraten engagieren sich für individuelle Werdegänge mit entsprechenden Kursangeboten und fördern die Spezialisierung der Schüler nach ihren individuellen Fähigkeiten.

Begründung:

Eine Oberstufe, die aus weniger als 100 Schülern besteht, hat je nach Wahl der Schüler sogar vielfältigere, wenn auch dafür kleinere Kurse, sodass die Wahlmöglichkeiten dadurch nicht eingegrenzt werden. An einigen Schulen ist es außerdem aufgrund der Schülerzahl nur schwer, eine Oberstufe mit 100 Schülern zu bilden, sodass dadurch die Schule gewechselt werden müsste, was in Gegenden mit sowieso schon wenig Gymnasien einige Probleme mit sich bringt. Außerdem wird durch das Nicht-Bilden einer Oberstufe die Wahl der Schule eingeschränkt, was wiederum die Wahlmöglichkeiten der Schüler einschränkt.

Antrag PA 08: Investitionen in die Infrastruktur

Antragsteller/in: Caspari, Uwe (KV Saarbrücken)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Investitionen in die Infrastruktur

Der Landesparteitag möge beschließen:

Es wird beantragt, folgenden Text als Programmpapier in das Saarlandprogramm aufzunehmen:

Datenschutz und der sichere Umgang mit personenbezogenen Daten ist ein immer bedeutendes Thema unserer Zeit. Gerade Jugendliche unterschätzen häufig die Risiken, die mit zu großer Freizügigkeit bei persönlichen Daten einhergehen. Aus diesem Grund setzt sich die Piratenpartei Saarland dafür ein, Aufklärung zum sicheren Umgang mit sozialen Netzwerken und modernen Kommunikationsdiensten in die Lehrpläne der weiterführenden Schulen aufzunehmen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Antrag PA 09: Rücknahme der aktuellen Verpackungsverordnung

Antragsteller/in: Laux, Lea (KV Merzig-Wadern)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Rücknahme der aktuellen Verpackungsverordnung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Es wird beantragt im Wahlprogramm folgenden Text zu streichen:

Die Piratenpartei fordert, dass die am 11. April 2009 in Kraft getretene Änderung der Fertigverpackungsverordnung wieder zurückgenommen wird.

Begründung:

Dieser Teil des Programms ist schwer zu verstehen und es besteht kein Bezug zu dem Inhalt der Fertigverpackungsverordnung, den man ändern möchte, sodass dieser Punkt ohne notwendige Fachkenntnis nicht verständlich ist. Weiterhin ist bereits eine neue Version der Verpackungsverordnung erschienen. Da jedoch nicht ersichtlich ist, was genau an der Fertigverpackungsverordnung von 2009 geändert werden soll, ist unklar, ob das mit der neuen Version geschehen ist.

Antrag PA 10: Gleichstellung von Lebensgemeinschaften und Lebenspartnerschaften

Antragsteller/in: Laux, Lea (KV Merzig-Wadern)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Gleichstellung von Lebensgemeinschaften und Lebenspartnerschaften

Der Landesparteitag möge beschließen:

Es wird beantragt im Wahlprogramm folgenden Text an geeigneter Stelle einzufügen:

Die Piraten setzen sich dafür ein, Lebens- und Beziehungsmodelle unabhängig von ihrer Ausgestaltung gleichwertig politisch und gesellschaftlich anzuerkennen. Daher fordern wir die Öffnung der Ehe für alle Formen der Partnerschaft, unabhängig der Geschlechter oder Anzahl der Partner. Auch weitere Rechtsnormen, wie zum Beispiel das Adoptionsrecht, müssen entsprechend angepasst werden um bestehende Diskriminierung abzubauen. Sind zwei oder mehr Personen in der Lage, ein Kind aufzuziehen, ohne das Kindeswohl zu gefährden, sollte es rechtlich keine Hindernisse geben.

Begründung:

Das Lebensmodell von zwei Personen in einer Partnerschaft passt nicht mehr mit allen Individuen der Gesellschaft zusammen. Immer häufiger entscheiden sich Menschen zu polyamoren Beziehungen, die allerdings rechtlich zum jetzigen Zeitpunkt nicht anerkannt werden können. Um die individuelle Selbstbestimmung der Lebensform zu ermöglichen, sollte daher die Gleichstellung von Lebensgemeinschaften und Lebenspartnerschaften erfolgen. Dabei ist auch die Möglichkeit eines Adoptionsrechts von einer Lebensgemeinschaft zu betrachten sowie die Möglichkeit von mehreren Erziehungsberechtigten für ein Kind, was in Kanada schon möglich ist. Da sich diese Art von Familie nicht negativ auf Kinder auswirkt, ist das Kindeswohl nicht stärker gefährdet als durch eine Elternschaft von zwei Personen.

Antrag PA 11: Ablehnung von gesetzlichen Quoten

Antragsteller/in: Laux, Lea (KV Merzig-Wadern)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Ablehnung von gesetzlichen Quoten

Der Landesparteitag möge beschließen:

Gesetzlich bestimmte Quoten aufgrund des Geschlechts für Personen in Wirtschaft, Verwaltung oder auf Listen bei Wahlen zur Volksvertretung lehnen die Piraten ab. Stattdessen setzen wir uns dafür ein, die jeweiligen gesellschaftlichen Zugangshürden zu minimieren und so für eine wirkliche Gleichberechtigung aller Geschlechter zu sorgen.

Begründung:

Die Piraten sehen sich selbst als eine Partei, denen das Geschlecht eines Menschen egal ist, daher entspricht eine Unterstützung gesetzlicher und verbindlicher Quoten nicht unserem Bild von Geschlechtergerechtigkeit. Das Geschlecht sollte für Wirtschaft, Verwaltung und Listen bei Wahlen egal sein, sondern lediglich die nötigen Qualifikationen sollten.

Antrag PA 12: Ausbau der Fahrradwege im Saarland und ÖPNV für Radfahrer

Antragsteller/in: Laux, Lea (KV Merzig-Wadern)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Ausbau der Fahrradwege im Saarland und ÖPNV für Radfahrer

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Piraten wollen das Saarland als Bundesland des Fahrradtourismus stärken. Daher fordern wir einen Ausbau der Fahrradwege, da dies sowohl einheimischen Radfahrern als auch Touristen zugute kommt. Dabei soll der ÖPNV vor allem in Regionen mit vielen Radwegen ausgebaut werden.

Begründung:

Das Saarland sollte für Tourismus attraktiv bleiben, was neben dem Wandern auch für Fahrradfahrer attraktiv sein kann. Weiterhin sind gerade die Regionen des Saarlandes, die schon vermehrt Radwege haben, nur schlecht mit dem ÖPNV erreichbar, sodass dieser dort ausgebaut werden sollte.

Antrag PA 13: Grenzüberschreitender fahrscheinloser ÖPNV

Antragsteller/in: Laux, Lea (KV Merzig-Wadern)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Grenzüberschreitender fahrscheinloser ÖPNV

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Piraten setzen sich dafür ein, dass ein fahrscheinloser ÖPNV auch mit den Verbindungen des Nahverkehrs in Rheinland-Pfalz, Luxemburg und Frankreich möglich ist. Dadurch wird ein grenzüberschreitendes ÖPNV-Netz geschaffen, von dem alle drei Länder profitieren können.

Begründung:

Das Saarland grenzt mit seiner Lage direkt an zwei Länder, sodass aktuell schon ein ÖPNV-Netz aufgebaut ist. Bei der Einführung eines fahrscheinlosen ÖPNV muss auch dies überdacht werden und entsprechend das Ziel angestrebt werden, den Nahverkehr zwischen den Ländern fahrscheinlos zu erhalten.

Antrag PA 14: Wahlrecht ab 16

Antragsteller/in:	Gier, Holger (KV Saarlouis) Laux, Lea (KV Merzig-Wadern)
Unterschrift:	_____
Status:	eingereicht

Wahlrecht ab 16

Der Landesparteitag möge beschließen:

Neue Fassung (mit den Änderungen in *kursiver Schrift*):

Die Piratenpartei Deutschland Landesverband Saarland fordert eine Herabsetzung des aktiven *und passiven* Wahlrechtes auf Landesebene auf 16 Jahre.

Alte Fassung:

Die Piratenpartei Deutschland Landesverband Saarland fordert eine Herabsetzung des aktiven Wahlrechtes auf Landesebene auf 16 Jahre.

Begründung:

In einer Demokratie ist allein die Wahl durch die Mehrheit der Wahlberechtigten über die Eignung und Legitimation von Mandatsträgern entscheidend. So ist die Vollmitgliedschaft in allen politischen Parteien bereits ab 16 Jahren gestattet und damit die Möglichkeit gegeben, Einfluss auf die politische Willensbildung zu nehmen. Weiterhin sind Jugendliche bereits mit 14 Jahren strafmündig und mit 16 Jahren testierfähig. Weiterhin fordern wir bereits ein aktives Wahlrecht ab 16 Jahren, also ist vorausgesetzt, dass ab diesem Alter die notwendige Reife vorhanden ist, um überhaupt zur Wahl gehen zu können. Somit besteht auch die Reife, sich zur Wahl stellen zu können, wobei die Kandidaten sowieso erst einmal durch eine Partei aufgestellt werden müssten.

Antrag PA 15: Abschaffung der Praxisgebühr

Antragsteller/in: Gros, Christian (vKV Saarpfalz)
Laux, Lea (KV Merzig-Wadern)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Abschaffung der Praxisgebühr

Der Landesparteitag möge beschließen, folgenden Teil des Programmes zu streichen:

Die Praxisgebühr ist eine Zuzahlung in Höhe von zehn Euro, die Versicherte in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) in Deutschland seit 2004 bei Arzt-, Zahnarzt- oder Psychotherapeutenbesuchen sowie im kassenärztlichen Notdienst (ärztlicher Notdienst oder Notaufnahme eines Krankenhauses) einmal im Quartal entrichten müssen. Die Praxisgebühr wurde von der ehemaligen rot-grünen Bundesregierung beschlossen. Die Praxisgebühr ist bürokratisch, aufwändig und unsinnig. Sie ist unsozial und präventionsfeindlich. Die zehn Euro haben als Steuerungsinstrument auf ganzer Linie versagt. Die Piratenpartei Deutschland Landesverband Saarland setzt sich dafür ein, die Praxisgebühr bundesweit abzuschaffen.

Begründung:

Die Praxisgebühr wurde bereits abgeschafft, sodass wir uns nicht mehr dafür einsetzen müssen, diese politische Forderung zu erfüllen.

Antrag PA 16: Botanischer Garten

Antragsteller/in: Arweiler, Jörg (KV Saarlouis)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Botanischer Garten

Der Landesparteitag möge beschließen:

Modul a)

Die Piratenpartei Saarland setzt sich für den Erhalt des botanischen Gartens auf dem Unigelände Saarbrücken ein.

Modul b)

Die Piratenpartei Saarland setzt sich für den Erhalt des botanischen Gartens ein. Hierzu wird der botanische Garten zukünftig Teil des Deutsch-Französischen Gartens und dieser um ein Areal erweitert. Dort stünde dann, neben einer größeren Fläche für die Pflanzenwelt, auch ein größeres Publikum zur Verfügung.

Im Zusammenspiel mit dem Deutsch-Französischen Garten würde dadurch gleichzeitig auch die Attraktivität des Standorts erhöht. Als dann städtische oder Landes-Einrichtung kann der botanische Garten als kulturelle Bildungseinrichtung auch mit Mitteln aus dem Kulturfonds der Landesregierung gefördert werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Antrag SoA 01: Programmerstellung und Pflege

Antragsteller/in: Caspari, Uwe (KV Saarbrücken)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Programmerstellung und Pflege

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Vorstand des Landesverbandes Saarland der Piratenpartei Deutschland oder eine vom Vorstand beauftragte Person erstellt ein aktuelles Landesparteiprogramm als zusammenhängendes Dokument und pflegt dieses in Zukunft inhaltlich.

Begründung:

Es ist ein katastrophaler Zustand, dass auf der Homepage des Landesverbandes beim Punkt "Programm" unter "Saarlandprogramm" auf das Piratenwiki verwiesen wird, auf eine Seite, die grob erklärt wie sich das Programm zusammensetzt und dann auf "Programmpapiere" verweist, ohne dass die in irgendeiner Form gesammelt sind.

Selbst für Piraten ist es eine Mühe, alle vergangenen Parteitage und deren Protokolle zu sichten, nur um zu sehen, was aktuell offiziell programmatischer Stand ist, für Nichtpiraten ist es quasi unmöglich zu erfahren, wofür wir eintreten.